

Rüsselsheimer Echo

DIE UNABHÄNGIGE POLITISCHE TAGESZEITUNG FÜR DIE REGION

Datum: 04. 11. 2020

„Wir wünschen uns mehr Wertschätzung“

BILDUNG Hessische Schulleiter plädieren für stärkere Unterstützung in der Pandemie

VON STELLA LORENZ

Rüsselsheim – Gute zwei Monate – so lange wartet Kerstin Horcher-Müller, Leiterin der Gustav-Heinemann-Schule in Rüsselsheim, schon auf Antwort aus dem Kultusministerium. Das allein sei nicht unbedingt ungewöhnlich, aber angesichts der Dringlichkeit unverständlich. Nicht einmal eine Eingangsbestätigung hat es gegeben. „Wir machen uns große Gedanken um das Landesabitur“, sagt sie.

Der Brief – versandt im Namen aller 22 hessischen Oberstufengymnasien, deren Arbeitsgemeinschaft sie seit zehn Jahren leitet – an Kultusminister Alexander Lorz (CDU) geschickt, beinhaltet ein Anliegen, das auch Harald Stripp teilt. Der Schulleiter der Frankfurter Max-Beckmann-Schule ist Vorstandsmitglied der AG Bildungsfaktor Abitur Hessen (BA), der zusätzlich alle hessischen Vollgymnasien angehören. Regelmäßig treffen sich die AGs und besprechen sich zu bildungsrelevanten Themen. Auch die BA hat Mitte September ein ähnliches Schreiben verfasst, auch hier liegt keine Antwort vor.

Der Appell an die Landesregierung ist klar: „Um das Landesabitur 2021 und 2022 zu bewältigen, brauchen wir verbindliche Strukturen für Spielräume, um flexible Lösungen zu schaffen“, sagt Stripp.

Was wie ein Widerspruch klingt, klären Horcher-Müller



Wie weiter in der gymnasialen Oberstufe? Geht es nach Lehrern und Schülern, sollte der Präsenzunterricht unbedingt beibehalten werden.

FOTOS: DPA / PRIVAT / FAUST

und Stripp auf. Bisher fehlt den Schulen die von oben abgesegnete und damit rechtlich abgesicherte Möglichkeit, kurzfristig und auf dem kurzen Dienstweg auf ein Unterrichtskonzept mit geteilten Lerngruppen umzusteigen. Der derzeitige Stufenplan sieht auf Stufe 2, die jetzt aktiv ist, eine Aufteilung in feste Kohorten vor, das sei aber bei einem Kurssystem, wie es in der Oberstufe existiert, gar nicht möglich, sagt Horcher-

Müller. Viele Schulen würden gerne jetzt schon auf Stufe 3 umsteigen, die die Lerngruppenteilung ermöglicht.

Ohne die juristische Absicherung des Landes, solche Entscheidungen treffen zu können, fürchte man mögliche Klagen seitens der Eltern. Dabei seien gerade die Schulen Vorbilder, was die Prävention der Ansteckungsgefahr angeht. „Wir sind bisher gut gefahren“, sagen beide Schulleiter.

Schon frühzeitig habe man unabhängig von den geltenden Verordnungen an einigen Schulen auf die Maskenpflicht – in Absprache mit den Elternbeiräten – bestanden. „Die derzeitige Dynamik schließt aber nicht aus, dass wir uns bald auf Stufe 4 befinden“, sagt Stripp. Das würde bedeuten: Distanzunterricht. Und den möchten sowohl die Kollegien als auch die Schülerschaft dringend vermeiden. Es sei nun wichtig, dass präventiv vorgegangen werde, bekräftigt Stripp.

Die Pädagogen plädieren deshalb für eine Aufteilung in Lerngruppen, die beispielsweise im täglichen Wechsel von daheim lernen oder in der Schule unterrichtet werden. Wird ein Kurs geteilt, kommt Gruppe A beispielsweise montags, mittwochs und freitags in die Schule, Gruppe B dienstags und donnerstags.

In der darauffolgenden Woche wechseln die Präsenztage. Daheim sollen Arbeitsaufträge erledigt werden. Der Vorteil: Der feste Stundenplan kann bestehen bleiben, die Schüler verpassen nichts. Dass der Umstieg auf ein Lerngruppen-Konzept erst einmal nur zeitlich begrenzt sein soll, ist für die Lehrer klar. „Vier Wochen könnte man das schaffen“, sagt Stripp. Die Schüler seien eigenständig. Vor allem aber würde es das Infektionsrisiko minimieren.

„Uns ist bewusst, dass das auch für die Kollegen einen Mehraufwand bedeutet“, sagt

Horcher-Müller. Hier sei ebenfalls eigentlich mehr aktives Handeln seitens des Ministeriums gefragt; die Belastung scheint immens.

Krisenmanagement bis Schuljahresende

Dadurch, dass das Abitur auf nach die Osterferien verschoben wurde, gebe es zwar einen Zeitgewinn zum Lernen, aber für die Korrektoren und Sekretariate kommt der Aufschub einer Zumutung gleich, meint Stripp. Denn die Zeugnisse müssen trotzdem zum regulären Zeitpunkt ausgestellt werden. „Wir gehen davon aus, dass wir bis zum Ende des Schuljahres im kommenden Sommer Krisenmanagement betreiben“, so Harald Stripp. Insgesamt wünschen sich die beiden AGs mehr Wertschätzung des Kultusministeriums in Form von Kommunikation auf Augenhöhe. „Es ist grüßelhaft, dass wir von vielen Verordnungen aus den Medien erfahren müssen“, macht Kerstin Horcher-Müller ihrem Ärger Luft.

Qualitätssicherung brauche einen Kommunikationsprozess, pflichtet ihr auch Stripp bei. Gemeinsam setzen sie sich nun für einen eigens eingerichteten Krisenstab im Ministerium, der für die Schulleiter erreichbar ist, ein. Ob das umsetzbar ist, steht noch in den Sternen – und wird sich vermutlich erst mit der immer noch ausstehenden Antwort des Ministeriums angehen lassen.



Kerstin Horcher-Müller



Harald Stripp